

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnements-  
preis beträgt bei Lieferung durch die  
Bodenfreies Haus monatlich 120 Mark.  
Einzelverkaufspreis 5,00 Mark.  
Reaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf 907

Die Anzeigengebühr beträgt für die  
achtgehalte Pfeilzeile oder deren  
Raum 16,00 Mark, Versammlungs-,  
Arbeits- und Wohnungsanzeigen  
15,00 Mark, Reklamen 50,00 Mark.  
Gefälligkeitsfeste: Johannisstr. 46.  
Fernruf 226

# STAGESZETUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksboten

Nummer 232.

Mittwoch, 4. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

## Die Konferenz von Mudania.

### Gründung.

Gestern vormittag um 11 Uhr wurde die Konferenz von Mudania eröffnet. Nach den vorliegenden Telegrammen scheinen die Verhandlungen einen guten Verlauf zu nehmen. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Frage des griechisch-türkischen Waffenstillstandes. Daher hat sich ein griechischer General in Athen an Bord eines Torpedobootes eingeschifft, um sich nach Mudania zu begeben. Am schwierigsten scheint sich die thracische Frage regeln zu lassen. Die Türken drängen auf eine sofortige Regelung, denn sie befürchten für diese Provinz das Los von Anatolien, wo die Griechen auf ihrem Rückzug ungeheure Schaden angerichtet haben. Die Regierung von Angora hat daher bei den Alliierten-Kommissaren in Konstantinopel Schritte unternommen und sie gebeten, Maßnahmen zu treffen, um den Vandalismus der Griechen gegen die Museen und Denkmäler der mohammedanischen Kunst zu verhindern. Die Alliierten haben darauf der Athener Regierung empfohlen, daß sie den griechischen Truppen in Thrakien Anweisung gebe, keinerlei Verwüstungen anzurichten. Einer der Chefs der revolutionären Regierung ist nach Thrakien abgereist, um dort Maßnahmen zu treffen.

### Türkisch-griechischer Waffenstillstand.

London, 4. Oktober.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Waffenstillstand zwischen Türken und Griechen am Sonntag vormittag begonnen habe. Die Nationalversammlung von Angora hat Kemal Pascha ermächtigt, die Einstellung der Feindseligkeiten auf allen Fronten anzutreten.

Mailand, 3. Oktober.  
Über die Zusammenkunft der alliierten Generale mit Mustafa Kemal in Mudania erklärte der Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel, Hamid Bey, dem Korrespondenten des „Corriere della Sera“: Man darf Griechenland keine Zeit lassen, seine militärische Lage in Thrakien zu verbessern, um sich der Rückeroberung dieses Gebietes durch die Türken zu widersetzen. Die Regierung von Angora werde deshalb darauf bestehen, daß die Griechen Thrakien räumen, bevor in Friedensverhandlungen eingetreten wird.

### Die englische Regierung für die Räumung Thrakiens

London, 3. Oktober.

Evening Standard meldet: Das britische Kabinett ist der Ansicht, daß die griechischen Truppen Ost-Thrakien unverzüglich räumen sollen, da Griechenland dieses Gebiet doch aufgeben müsse.

### König Konstantin in Palermo.

Paris, 4. Oktober.

König Konstantin traf mit Familie in Palermo ein.

### Konstantinopel in Erwartung der nationalen Regierung.

Paris, 4. Oktober.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß alle Nachrichten über Unruhen, die in der Stadt ausgebrochen wären, unrichtig seien. Konstantinopel erwarte in vollständiger Ruhe die Ankunft der nationalen Regierung. Der Sultan sei durch seinen Gesundheitszustand gezwungen, sich zurückzuziehen, aber die Meldungen über seine erfolgte Abdankung seien verfrüht. Die Regierung von Konstantinopel hat ihre Vertreter in Paris und Rom angewiesen, ihre Amtsträger an die Vertreter der türkischen nationalen Regierung abzutreten. Die Gesandten Konstantinopels sollen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage zurückberufen werden.

die eine ungefähre Verdreifachung des Umlagepreises vor sieht, an den Reichstag herantreten, der sich am 17. Oktober wieder versammeln wird. Unsere Reichstagsfraktion wird also in diesem Falle genötigt sein, gegen eine Vorlage der Regierung zu kämpfen. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien geschlossen oder fast geschlossen bereit sind, die Regierungsvorlage anzunehmen. Die Herbst-Tagung des Reichstages wird also damit beginnen, daß die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft einschließlich der Deutschnationalen, bei einer Beschlusstafel von großer Bedeutung in Erscheinung tritt. Ob das schon den Anfang einer neuen politischen Ära und das Ende der bisherigen Koalitionspolitik bedeuten wird, muß abgewartet werden. Auf keinen Fall wird es ein günstiges Vorzeichen sein.

\* \* \*

Die Kritenmacher sind wieder eifrig bei der Arbeit. Schon heute müssen wir mitzuteilen, daß jedenfalls durch den Beschluß des Reichskabinetts über die Erhöhung der Getreideumlage und die entgegengesetzte Meinungsausführung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die eine Erhöhung für das erste Drittel der Umlage bekanntlich ablehnt, zu einem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierungskoalition führen muß. Diese Kombinationen werden von den Kritenmachern durch den Hinweis bestätigt, daß die sozialdemokratischen Minister im Kabinett sich entschieden gegen eineVerteterung des Brotes ausgesprochen haben. Richtig ist, daß unsere Minister sich in Abetracht des Beschlusses der Reichstagsfraktion sämtlich der Abstimmung enthalten haben.

Und die angebliche Krise? Die Sozialdemokratie kann den Termin des Wiedergesammttages des Reichstages ruhig abwarten und überläßt das Kritenmachen in der Zwischenzeit jenen Politikern, die mit einer Krise durch das Umlagegetreide glauben, lebensfrische Träume erfüllen zu können. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß die Bekämpfung über die Abtreitung eines Ministeriums im Reich und in Preußen an einen bisherigen Unabhängigen ebenso erfünden sind, wie die Neuerungen über angebliche Unstimmigkeiten im Reichskabinett.

## Ein standloser Landesverratsprozeß in München.

SPD. München, 3. Oktober. (Sig. Drahtber.)

Der heute vor dem Volksgericht begonnene Landesverratsprozeß gegen Fechenbach und Genossen wird charakterisiert durch den Beschluß des Gerichts, die Offenheit für den wichtigsten Teil der Verhandlung auszuschließen und der zugelassenen Presse ein Schweigerverbot aufzuerlegen. Damit stellt sich das Volksgericht in den Dienst der bürgerlichen antirepublikanischen Geheimorganisationen, über die die drei Angeklagten für die englische Presse berichtet haben. Aus diesem Grunde sind sie wegen Landesverrats angeklagt. Fechenbach ist außerdem angeklagt wegen Weitergabe der bekannten Kriegsschiffsschrift Erzberger an einen französischen Journalisten. Dieser Demokrat ist aber bereits Anfang April 1919 von Gustav Landauer veröffentlicht worden. Die Angeklagten sind bereits seit längerer Zeit in Untersuchungshaft. Wie Schweigerverbrecher nehmen sie unter der Obhut von befehlten Schutzleuten auf der Anklagebank Platz. Den Vorfall führt der Oberlandesgerichtsrat Häf; es ist der gleiche Richter, der den Leopoldt-Prozeß leitete und damals davon Abstand nahm, den deutschen Gefannten in München, den Grafen Zech, zwecks voller Auflösung der in Frage stehenden Angelegenheiten endlich zu vernichten, obwohl der Graf Zech eine solche Vernichtung dringend gewünscht hatte. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dreese. Fechenbach wird durch Dr. Hirschberg, Lemke durch Justizrat Bernstein und Gargas durch Staatsanwalt Ballin verteidigt. Die Verteidigung hat verschiedene Sachverständige geladen. Dr. Thimme, der frühere Oberbibliothekar des Preußischen Herrenhauses, soll sich darüber äußern, ob die Weitergabe von Nachrichten der Art, wie sie von Fechenbach und Lemke vertreten werden, wirklich geeignet sei, dem Deutschen Reich Schaden zuzufügen. Justizrat Bernstein schlägt verschiedene Sachverständige über das gleiche Thema vor. Das Gericht läßt Dr. Thimme als Sachverständigen zu und lehnt die übrigen Sachverständigen ab. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß er sich überhaupt ablehnend gegenüber Sachverständigen verhalte, weil er sich selbst sowie Sachkenntnis zutraue, um ein objektives und zufälliges Urteil in dieser Frage fällen zu können. Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Offenheit auszuschließen, protestieren die Verteidiger mit aller Entschiedenheit. In einer Erklärung sprach Dr. Hirschberg aus, daß sich Fechenbach in seiner Verteidigung aufs äußerste geschrägt fühlen müsse. Sein Mandant habe das größte Interesse, den Prozeß in voller Offenheit zu führen. Justizrat Bernstein gibt für seinen Mandanten dieselbe Erklärung ab. Trotzdem beschloß das Gericht den Ausschluß der Offenheit für den wichtigsten Teil der Verhandlung, während die Frage der Erzberger-Denkchrift öffentlich behandelt werden soll. Der ganze Verhandlungstag wird ausgefüllt mit der Vernichtung Fechenbachs über die Erzberger-Denkchrift.

## Um den Brotpreis.

### Gegen die Verdreifachung des Getreidepreises.

Am Montag beschloß unsere Reichstagsfraktion, an den festgelegten Preisen für das erste Drittel der Getreideumlage festzuhalten. Am Dienstag aber nahm das Reichskabinett einen vom Ernährungsminister Dr. Fehr vorgelegten Gesetzentwurf an, in dem etwa eine Verdreifachung des Preises für das erste Umlagedrittel vorgesehen ist. Der Gegensatz, der in dieser Frage zwischen Fraktion und Regierung besteht, ist offenbar.

Zugleich ist die Reichsgetreideanstalt ermächtigt worden, für das Getreide, das sie abgibt, einen höheren Preis zu nehmen und dementsprechend wird auch der Preis des Markenbrotes voraussichtlich bis zu Anfang des nächsten Monats auf das Doppelte steigen. Diese Preissteigerung steht jedoch mit dem Beschuß der Reichsregierung über die Erhöhung des Umlagepreises in keinem Zusammenhang. Sie ist verursacht durch den Umstand, daß zur Herstellung des Markenbrotes neben inländischem auch ausländisches Getreide verwendet werden muß, dessen Preis in deutscher Währung zugleich mit dem Fallen der Mark rapide steigt. Gerade aus dieser Preissteigerung des ausländischen Getreides begründet die Regierung die Notwendigkeit, den Umlagepreis zu erhöhen. Sie rechnet, daß man dabei vielleicht immer noch etwas billiger davonkommen könnte.

Das Umlagegetreide kommt in diesem Jahre außerordentlich schlecht ein. Die Vertreter der Landwirtschaft führen das auf den ungünstigen Ausfall der Ernte zurück; aber jedenfalls wirkt dabei auch der Umstand mit, daß die Landwirte bei einem Preis von 6900 Mark für die Tonne Roggen, 7400 Mark für die Tonne Weizen, nur sehr ungern und läßig abliefern. Die Zwangsmittel des Staates reichen nicht aus, um eine bessere Ablieferung zu erzielen. Für jede Tonne Umlagegetreide aber, die nicht abgeliefert wird, muß eine Tonne Auslandsgut getauscht werden, und das kommt natürlich viel teurer. Die Reichsgetreideanstalt gibt das Getreide nicht zu dem Preise ab, zu dem sie es bekommt, also das Auslandsgut billig und das Auslandsgut teuer, sondern sie muß einen sogenannten Mischpreis berechnen, in dem das billige und das teure Getreide einfakturiert werden. Da kommt es selbstverständlich nicht bloß darauf an, wie billig das billige Getreide ist, sondern auch darauf, wieviel davon vorhanden ist. B. B.: Wenn von drei Tonnen Weizen aus dem Ausland kommen, so kosten sie zusammen

168 000 Mark. Kommt eine dritte Tonne inländischer Weizen dazu, so stellt sich der Gesamtpeis um 7400 Mark höher, auf 175 400 Mark. Jede Tonne kommt also auf 58 400 Mark. Würde durch die Verdreifachung des Umlagepreises erreicht, daß sich das Verhältnis umkehrt, also auf zwei Tonnen Auslandsgut nur eine Tonne Auslandsgut entfiel, so würden die drei Tonnen zusammen 129 400 Mark, die Tonne also 42 800 Mark kosten. Trotz der Erhöhung des Umlagepreises wäre also der Mischpreis niedriger als ohne diese Erhöhung.

Das ist, wie gesagt, die Rechnung, wie sie ungefähr von der Regierung angestellt wird. Leider beruht sie auf einer sehr übeln Voraussetzung, nämlich der, daß die Behörden einfach nicht imstande sind, das Umlagegetreide zu dem Preis, wie er vor vier Monaten festgesetzt wurde, hereinzubekommen. Die Landwirte leisten passiven Widerstand. Sie berufen sich dabei darauf, daß in den letzten vier Monaten alles viermal so teuer geworden ist, also könne man ihnen nicht zumuten, ihr Getreide zu dem damals festgesetzten Preis abzuliefern. Darauf ist zu erwidern, daß die Landwirte mit allen anderen Produkten sehr gute Geschäfte machen und daß es sich hier nur um die Preisfestsetzung für einen Teil des von ihnen geernteten Getreides handelt. Darüber, daß der Preis für das zweite und dritte Umlagedrittel erhöht werden muß, besteht kein Streit (obwohl es freilich wieder heik hergehen dürfte, wenn es sich darum handelt, das Maß der zu gewährenden Preiserhöhung festzulegen). Das Opfer, das den Landwirten zugemutet wird, erscheint also im allgemeinen als ganz gut tragbar. Ein großer Teil der Landwirte aber, der gern über den „Materialismus“ der Städter flügt, denkt anders darüber. Er rückt bei so niedrigen Preisen mit seinem Getreide eben nicht heraus, und alle Zwangsmittel erweisen sich dieser passiven Resistenz gegenüber als unzureichend.

Unsere Reichstagsfraktion hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Gesetz, so wie es beschlossen wurde, ausgeführt werden muß. Sie ist dabei von der Auffassung ausgegangen, daß es in den Massen der schwer leidenden städtischen Verbraucher nicht verstanden werden würde, wenn sie sich unter solchen Umständen dazu herbeilege, den Landwirten höhere Preise als die im Gesetz festgelegten zu bewilligen. Die Regierung wird trotzdem mit einer Vorlage,

# Die Ermordung Rathenau vor dem Staatsgerichtshof.

## 1. Verhandlungstag: Vernehmung der 13 Angeklagten.

SPD. Leipzig, 4. Oktober. (Sig. Drahtber.)

Der erste Tag des Rathenau-Prozesses war lediglich feierlicher Aufführung. Der reich mit Gold und Kaiserbildern in Del ausgestattete Saal war überfüllt. Über 50 Pressevertreter sind versammelt. Um 8½ Uhr werden die Angeklagten hereingeführt. Sie machen einen ruhigen Eindruck. Nur zwei: Ernst v. Salomon und Friedrich Warneck, haben die Gebärden jugendlicher Neurastheniker. Um 9 Uhr erscheinen die Richter.

Über um 4 Uhr nachmittags war das Tagesprogramm erschöpft, die Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes vollzogen, der Tatbestand in kurzen Sätzen klargelegt und die Vernehmung der 13 Angeklagten beendet.

Auch gestern fühlte man bereits die politische und historische Bedeutung dieses Prozesses heraus, fühlte man, daß hinter jenen 13 auf der Anklagebank stärkere und eigenständige, aber unsichtbare Angeklagte stehen und der Verurteilung harren. Auch gestern fühlte man, daß hier nicht nur über den Mord in der Königsallee verhandelt wird, sondern über den Mordversuch am deutschen Volke. So, wenn der Verteidiger Ernst Werner Techow, Justizrat Dr. Hahn, in einer fast parlamentarischen Obstruktionrede die Gültigkeit des Staatsgerichtshofes überhaupt leugnete und die Verweisung der ganzen Angelegenheit an den Schwurgerichtshof verlangt. Noch einmal, wie so oft, erkönte hier die deutsch-nationale Jargon-Phrase vom Druck der Strafe, noch einmal wurden konservative deutsche Rechtslehrer als Beweiszeugen zitiert. Noch einmal wurde der Versuch gemacht, die sozialistischen Vorsitzende abzulehnen und den Präsidenten selbst, weil dieser in einer dienstlichen Mitteilung an den Reichsjustizminister die republikanische Zuverlässigkeit des Staatsgerichtshofes betont hatte. Noch einmal mußte der Staatsanwalt darauf hinweisen, daß das Geleit zum Schutze der Republik durch die Zweidrittelmajorität des Reichstages verfassungsmäßige Gültung gewonnen habe. Zweimal mußte sich der Staatsgerichtshof zurückziehen, ehe er sozusagen zusammentraten, das heißt formell unantastbare Gültigkeit behalten konnte.

Auch die häufigen Besuchte der Rechtsanwälte, die Schilde der Deutschnationalen Volkspartei und der verschiedenen völkischen Verbände blieben zu wischen, erinnerte stets an das Politische dieses Prozesses. Bald schien es, als würde die Organisation Consul geradezu eine Schutzgarde der republikanischen Regierung, wenn man den Aussagen der Angeklagten hört. Wie war dort ein Sterbenswörtchen über Mord gefallen. Jugendziehung in völkischer Sinne, Unterricht im Handgranatenschießen, im Fabrizieren von Giftpatrizen, im Bekämpfen sogenannter Revolten von links. Sind das nicht die edelsten Ziele?

Blieb man in diese subalterne leeren Angeklagten der meist jugendlichen Angeklagten, sieht man hier fortwährend sorgloses Auftreten, spürt man hier militärisch gedrilltes Jawoll, so weiß man, mit wem man es hier zu tun hat: mit Kadetten, die für ein nationalsozialistisches Edelmoorderkorps geprägt wurden, die geistigen Offiziers-Aspiranten; sie können gehorchen, schwingen, logen befehlen, aber denken können sie nicht. Der verstorbene Kern soll jugendlichen Einfluß auf jüngere Kameraden ausgeübt haben, ergänzte der Kapitänleutnant Tilleßen; daß er einen stechend schwärzlichen Blick gehabt habe, erzählen wir vom Rechtsanwalt Dr. Bloch, Kern und seine jugendliche Kraft ist nicht mehr strafbar, aber die jugendliche Gewalt jener lebenden Kerns und Ueberkerns wird einfach weigern. Schlimmer als ein stechender Blick wirkt der gedruckte und gesprochene Chauvinismus jener Schülerverbände, deren Idealismus selbst unter Preisgabe der augenblicklichen Angeklagten zu retten verucht wird. Gefährlicher als ein schwarzes Auge sind jene Heßbolzitter, deren Hersteller mit Handgranaten besser umgehen als mit der Feder. Es entbehrt nicht eines gewissen Fleizes, daß offenbar als Berichterstatter eines solchen Blattes unter den Pressevertretern im Gerichtssaal der bekannte Herr Fleisch ist,

jener Fleiß, der hoffentlich den Blumenstrauß am Freitag überbracht hat.

\*  
SPD. Leipzig, 3. Oktober. (Sig. Drahtber.)

Heute Verhandlung begann im Reichsgericht zu Leipzig vor dem Staatsgerichtshof des Prozesses gegen die Attentatmörder. Das Reichsgericht hatte zur Vermeidung von Zwischenfällen eine hohe polizeiliche Bedeutung erhalten. Schön gegen 8½ Uhr morgens war der 700 Personen fassende Sitzungssaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Die dummen jugendlichen Angeklagten

sind zu beiden Seiten des Gerichtshauses untergebracht.

Kurz nach 9 Uhr erschien der Staatsgerichtshof unter Führung des Senatspräsidenten Dr. Hahn a. S. Der Richter eröffnet die Verhandlung ohne Präliminarien. Zunächst werden die beiden Erstkläger, anschließend die Schreiber vereidigt. Hierauf wird in die Verhandlungen eingetreten.

Als erster erschien Justizrat Dr. Hahn - Berlin das Wort zur Begründung der von der Verteidigung eingeforderten Satzung, die die Autonomie des Staatsgerichtshofes bestimmt. Hahn beginnt so bei seiner Begründung mit politischer Würde und endet die ersten Befragungen, indem sie zu der gleichen Angelegenheit das Wort nehmen, beweisen Argumente, die inhaltlich den Aufbau einer bestätigten politischen Demonstration vor dem Reichsgericht erweisen. Der bekannte Jurist Professor Dr. Max Hirsch-Günther erhält z. B. darin, daß sein Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei sich unter den Mietern befindet, einen Zusatz, daß es nun bei dem Staatsgerichtshof eine Ausnahmegericht handelt.

Der Staatsanwalt Dr. Scherzer erwidert jedoch den Vorlegungen der Verteidiger und meint darum hin, daß es gleichgültig ist, ob das Gesetz, wie beschrieben, unter dem Druck der Stände entsteht, doch es vielmehr auf die Mietern ankommt, dass sie ein Gesetz gefunden und vor allem auf das verfassungsmäßige Auslandserwerb. Wenn weiter besprochen werden bei, daß das Gesetz gegen die Reichsverfassung verstößt, so steht er auf dem Standpunkt, daß der Staatsgerichtshof seine Zuständigkeit, besonders auf die beobachtete Fälle und für eine bestimmte Zeit befreit, sondern kann in einer zweiten Kategorie, einer Gruppe von Straftaten, das Verfahren beenden.

Der Staatsanwalt legt dann zur Begründung des Mainages der Beleidigung sprach und legt nach längster Begründung hierauf den Befragten Gesuchsschreiben Dr. Hagens folgendes vorzuwerfen:

„Der Staatsgerichtshof kann ja der Begründung des Mainages, daß der Staatsgerichtshof unbedingt sei, nicht entgegen-

kommen, er ist auch nicht der Ansicht, daß der Staatsgerichtshof ein Sonder- oder Ausnahmegericht ist. Es kommt letzten Endes gar nicht auf die Frage an, ob es sich hier um eine Ausnahme- oder Sondergericht handelt. Das Gericht ist vielmehr der Ansicht, daß durch Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik mit Zweidrittelmehrheit im Reichstag und im Reichstag auch die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gegeben ist. In beiden Körperschaften ist dargelegt worden, daß mit der Schaffung des Gesetzes keine Verfassungsänderung bedacht und durchgeführt worden ist. Da das Gesetz zum Schutze der Republik aber ordnungsmäßig erlassen worden ist, so ergibt sich auch die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes.“

Justizrat Hahn lehnt nach dieser Erklärung angeblich im Namen der Verteidigung sämtliche Richter des Staatsgerichtshofes gewiß des § 24 der Strafprozeßordnung wegen Verstoßes der Befangenheit unter ganz merkwürdiger Begründung ab. Nach einer Gegenreaktion des Senatspräsidenten Dr. Hagens nimmt Hahn die Ablehnung der drei Reichsgerichtsräte zurück, beharrt aber auf die Ablehnung des Vorsitzenden und der Vorsitzenden. Rechtsanwalt Goldblum verteidigt gleichzeitig im Namen des Rechtsanwalts Alsborg darauf, daß er sich den Anträgen Hahns nicht grundsätzlich entziehe, weil diese aus das Gebiet der Politik führen.

Nach der Begründung eines Ablehnungsantrags durch Oberreichsanwalt Ebermayer zog sich das Gericht zur Beratung der Anträge der Verteidigung zurück. Der Gesamt ablehnungsantrag wird abgelehnt. Hierauf zog sich das Gericht abermals zurück, um unter einem neuen Vorsitzenden über den Ablehnungsantrag gegen Senatspräsident Dr. Hagens zu entscheiden.

Nach kurzer Beratung verhindert der Reichsgerichtsrat Niedner, daß der Staatsgerichtshof den Antrag auf Ablehnung des Senatspräsidenten Hagens als unbegründet zurückweise. Senatspräsident Hagens übernahm dann wieder den Vorsitz und ging in ausführlichen Darlegungen auf den Inhalt des Antrags ein, wobei er den an der Wand des Saales ausgehängten Ordnungsplänen, der die Königsallee mit der Wohnung Dr. Rathenau und die Tafelle selbst zeigt, erläuterte. Nach einer Spieldauer, wie nach den angefertigten Ermittlungen das Attentat vollzogen wurde, bestätigte er sich mit der Person Fischer und Kern, die bekanntlich durch Selbstmord aus dem Leben schieden. Bei Fischer sah nach der Anklage die Zugehörigkeit zur Organisation C. nicht fest. Kern soll sich um Aufnahme bemüht haben, aber nicht aufgenommen worden sein. Ungefährlich erklärte Senatspräsident Hagens die bereits bekannten Vorgänge, des Zukunftsdokument des Norddeutschen, die Beleidigung des Autos, der Fliege und der Garage zw. Hierbei wurden mehrere charakteristische Neuerungen der Täter zur Sprache gebracht. So sagte Kern am Abend des 24. Juli, kurz bevor die Fahrt nach dem Grunewald angestellt wurde: „Wir wollen sehen, ob wir Attenten heute noch vor die Bühne bekommen.“ Man fragte gleichzeitig den älteren Techow, der das Auto führen sollte, ob er auch für eine Verfolgung garantieren könne, was Techow bestätigte. Nach diesem Beispiel nahm das Auto in der Nähe des Grunewalds Kurve, um den Wagen Rathenau abzumachen. Als das Auto Rathenau dann in der Königsallee erfaßte, rief Fischer dem Techow zu: „Zögern Sie los und machen Sie das heimische Männer.“ Nach der Darstellung der Anklage hat Techow später noch Ausführung der Tat zu dem ihm in der Garage ermordeten Günther gesagt: „Die Sache hat geklappt, Rathenau liegt.“ Das Techow schüttelte und Tiefel von der Tat erzählte. Lachte er noch: „Wir haben es getan, um die Roten zum Angreifen zu bringen. Uns ging das Geld aus.“ Hierauf trat eine kurze Mittagspause ein.

### Die Mittagspause

Beginn mit der Vernehmung des Hauptangeklagten Ernst Werner Techow. Zunächst wurden die Personalen festgestellt, die im wesentlichen bekannt sind. Die Frage des Vorsitzenden an Techow, ob er Mitglied der Organisation C. sei, bezieht sich auf die Angeklagte. Nach seinen weiteren Ausführungen soll die Organisation C. eine Art innerparteilicher Vereinigung sein, die sich bei drohenden Krisenspielen der Regierung zum Schutze zur Verfügung stellen sollte. — Vorl.: „Sie lassen eine Artige Reihen für die O. C. durch Deutschnationalen gemeinsam haben?“ — Tiefel (noch kurzem Zögern): „Darüber verzweigte ich jede Rastzeit.“ — Oberreichsanwalt Ebermayer: „Sie lassen noch der Tat noch einmal gegen Sie, die Ermordung müßte bestätigt werden, weil Ihre Gefährte nicht mehr geben wollen.“ — Angell.: „Ich habe das so gemacht, daß durch die allgemeine Geldentwertung auch den reisefähigen Kreisen das Geld ausging.“

Der zweite Angeklagte, Hans Gerd Techow, antwortet auf Befragung, daß er dem Deutschen Schuh- und Lederbund, dem Deutschnationalen Jugendverein und der O. C. angehört habe. Auf die Frage eines Beifürs, ob die Organisation C. auch etwas gegen Deutsche von rechts einzulegen und bei der Regierung zur Verantwortung fallen sollte, entwertet der Angeklagte nach einigem Überlegen, daß ihm Werner nichts bekannt ist.

Der Angeklagte Willi Günther gibt an, daß er durch den Deutschnationalen Jugendbund

### mit hochgestellten Berufsführerleuten

in Kontakt gekommen sei. Es gäbe zu eng am Kampf-Kampf beständig gewesen zu sein, und zwar durch die Bekanntschaft des Schuhes Eber, mit jedem der Organisation C. nicht angehört haben. Vorl.: „Gehören Sie auch der Deutschnationalen Volkspartei?“ — Angell.: „Ja. Ich möchte ihrer bemerken, daß man mir dort vorgesetzte hat, ich hätte Weißgelder nicht ordnungsgemäß bezahlt. Das ist jedoch nicht wahr. Ich bin später aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.“ — Oberreichsanwalt Ebermayer: „Sie haben ja zu dem Neimaner Stuhmacher doch gekämpft, daß die Mitglieder der Organisation C. auch etwas gegen Deutsche von rechts einzulegen und bei der Regierung zur Verantwortung fallen sollte, entwertet der Angeklagte nach einigem Überlegen, daß ihm Werner nichts bekannt ist.“

Der Angeklagte Gustav Steinbeck war jetzt Herbst 1920 in Dresden bei dem Deutschnationalen Jugendbund tätig. — Vorl.: „Der Deutschnationale Jugendbund ist wohl eine politische Organisation?“ — Angell.: „Eine kommunistische.“

Hierzu wurde der Preisabreiter Böhmer Riesig aus Hamburg vernommen, der bereits eine Vorfrage von einem Gesetzungsdebatte zwischen Deutschnationalen und Deutschnationalen bestätigt hat. Riesig will ebenfalls der Organisation C. nicht angehört haben. Als weiterer Angeklagter wurde der Kaufmann Friedrich Berndt aus Hamburg verhört. Vorl.: „Sie sind der

Führer des Hamburger Sprengkommandos?“ — Angell.: „Ich kenne kein Sprengkommando.“ — Vorl.: „Sie sind aber an verschiedenen Sprengstoff-Attentaten in Hamburg beteiligt gewesen?“ — Angell.: „Jawohl!“ — Vorl.: „Sie waren Mitglied der Brigade Schärdt?“ — Angell.: „Jawohl!“ — Vorl.: „Was war der Zweck der O. C.?“ — Angell.: „Sie wollte sich bei allen Würsten, sowohl im Innern wie Außerhalb, zur Verfügung stellen.“ — Vorl.: „Die inneren Außstände wurden wohl von links erwartet?“ — Angell.: „Ja.“ — Vorl.: „Hat man Ihnen von irgendwelcher Seite oder von München her zugemutet, in Hamburg Sprengstoff-Attentate gegen kommunistische Zeitungen zu verüben?“ — Angell.: „Nein, das haben wir aus eigener Initiative gemacht, und zwar aus Rache gegen die Demolierung des Hamburger Kaiser-Wilhelm-Denkmales.“

Dann wurde der Angeklagte Bankbeamter Ernst von Salomon aus Frankfurt a. M. vernommen. Er will in Frankfurt a. M. in einer „nationalen Sache“ gearbeitet haben und von ihr bis kurz vor seiner Verhaftung in Anspruch genommen gewesen sein. Salomon gesteht, dem Verband nationalgesinnter Soldaten und dem Jungdeutschen Orden anzugehören. Der Jungdeutsche Orden verfolgte ähnlich unlare Ziele. Das eine Frage des Rechtsanwalts Alsborg darauf, daß er sich aus eigener Initiative gemacht und zwar aus Rache gegen die Demolierung des Hamburger Kaiser-Wilhelm-Denkmales.“

Dann wurde der Angeklagte Bankbeamter Ernst von Salomon aus Frankfurt a. M. vernommen. Er will in Frankfurt a. M. in einer „nationalen Sache“ gearbeitet haben und von ihr bis kurz vor seiner Verhaftung in Anspruch genommen gewesen sein. Salomon gesteht, dem Verband nationalgesinnter Soldaten und dem Jungdeutschen Orden anzugehören. Der Jungdeutsche Orden verfolgte ähnlich unlare Ziele. Das eine Frage des Rechtsanwalts Alsborg darauf, daß er sich aus eigener Initiative gemacht und zwar aus Rache gegen die Demolierung des Hamburger Kaiser-Wilhelm-Denkmales.“

Die Vernehmung der beiden Garagenbesitzer, der Kaufleute Schult und Dietzel aus Berlin, gestalteten sich kurz. Beide wollen weder einem politischen Verein noch einer Partei angehören und nur zufällig in die Rathenau-Märene hineingeraten sein.

Unter allgemeiner Spannung folgt die Vernehmung des Kommissarleutnants a. D. Tilleßen, Bruder des Erzbergermörders. Gegen ihn schwob auch eine Voruntersuchung und ein Haftbefehl, in Verbindung mit dem Attentat auf Oberbürgermeister Scheidemann. Vorl.: „Sie sollen nach der Flucht Ihres Bruders Heinrich zynische Neuerungen gehabt haben?“ — Tilleßen: „Ich habe mich bei meinen Neuerungen immer nur um den Brief gehalten, den mir mein Bruder damals geschrieben hat und in dem er erklärt, daß er nicht der Täter ist.“ — Vorl.: „Was ist Ihr Bruder jetzt?“ — Tilleßen: „Das weiß ich nicht.“ Der Angeklagte äußert dann, daß er vom ersten bis zum letzten Tage Angehöriger der Brigade Schärdt war, aber nicht Mitglied einer Partei gewesen ist, sich dagegen in nationaler Richtung betätigt habe. Doch er der völkischen Bewegung nahestehend, und auch die nationalsozialistische Bewegung unterstützte, bestreitet Tilleßen nicht. Der Organisation C. will er ebenfalls nicht angehört, jedoch in naher Füllung gestanden haben. — Vorl.: „Haben Sie sich nie antisemitisch betätigt, haben Sie sich gegen die Beteiligung von Juden an der Regierung gewandt?“ — Angell.: „Dessen kann ich mich nicht erinnern. Ich habe allerdings meinen völkischen Standpunkt wiederholt betont.“

Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Lütgebrune äußert sich Tilleßen dann eingehend über Kern. Kern habe unter den damaligen Zuständen außerordentlich gelitten und sei äußerst mutig gewesen. So wäre er einmal an ihn, Tilleßen, der sein Vorgesetzter bei der Brigade war, mit den Worten herangestellt: „Das macht hier alles nichts, es muß irgend etwas geschehen.“ Und so habe er verlangt, man solle bei der Brigade ein Ultimatum stellen, daß irgend etwas unternommen werde, andernfalls würden die Offiziere weggehen. — Vorl.: „Er meinte damit den Sturz der Regierung?“ — Angell.: „Jawohl, Kern war sehr ratsam. In Frankfurt ist er mit dem Plan an mich herangetreten, die Offiziere bereitzuhalten und bei einem Marsch der Frankfurter ins Ruhrgebiet ein Schillisches Kreiftor zu bilden, in dem sich jeder verpflichten müsse, zu kämpfen, bis er sterbe.“ — R. F. Dr. Sac: „Der jüngste Techow hat erkläre, er habe im Namen Kerns gestanden. Ist es möglich, daß Kern auf den Fragen einen jugendlichen Einfluß ausgeübt hat?“ — Tilleßen: „Jawohl.“ — Beifürs fehrende: „Haben Sie auch Kern Vorhaltungen gemacht, als er Ihnen erklärte, er wolle die Regierung stürzen?“ — Angell.: „Jawohl!“

Nach der Vernehmung des Angeklagten Schriftleiters Hartmut Bloß wurde zum Schluss der Kaufmann Werner Voß aus Berlin vernommen. Voß will im Jahre 1918 Mitglied der SPD gewesen und im Jahre 1919 der USPD. als Mitglied beitreten. — Vorl.: „Sie lassen eine Artige Reihen für die O. C. durch Deutschnationale gemeinsam haben?“ — Tiefel (noch kurzem Zögern): „Darüber verzweigte ich jede Rastzeit.“ — Oberreichsanwalt Ebermayer: „Sie lassen noch der Tat noch einmal gegen Sie, die Ermordung müßte bestätigt werden, weil Ihre Gefährte nicht mehr geben wollen.“ — Angell.: „Das ist völlig ausgeschlossen.“ — Vorl.: „Sie lassen auch Vorstandsmitglied der USPD. in Oberschlesien gemeinsam.“ — Angell.: „Vorstandsmitglied ist übertrieben, aber ich habe damals, als Delegierte der Sowjetregierung vor der Abstimmung in Oberschlesien tätig waren, zusammen mit den Kommunisten gearbeitet und bin auch Kommunist geworden, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten.“ — Vorl.: „Haben Sie niemals den Rechtsparteien angehört?“ — Angell.: „Nein, nie.“

In der dritten Nachmittagsstunde wurde die Verhandlung auf Mittwoch vermittag 9 Uhr verlegt. Heute wird die eigentliche Vernehmung zur Tat vor sich gehen.

## Die Fasisten in Bozen.

Bozen, 8. Oktober.

Die Lage in Bozen spügt sich zu, weil dort über 600 Fasisten die Stadt besetzt haben und fortwährend Verstärkungen aus Oberitalien eintreffen. Die italienischen Behörden sind sehr besorgt, obwohl die Führer streng Disziplin versprechen. Der Gemeinderat lehnt die Übergabe des größten Schulgebäudes für den italienischen Unterricht ab mit der Begründung, daß dadurch über 700 deutsche Schüler obdachlos würden. Weil Bozen nur 200 italienische Schüler hat, könne man ihnen ein anderes Schulgebäude zur Verfügung stellen.

## Kommunistische Komödie.

S. P. D. Sie nennen keine Zahlen, und die Stimmungsbilder sind merkwürdig kleinlaut. Zahlen, Stimmungsbilder, worüber? Am Sonntag war doch der große Tag der Herren Kommunisten, der Tag der kommunistischen Betriebsräte. Es sollte ein Tag des Zornes des Proletariats gegen die Bourgeoisie werden, ein Fanfarenroß, ein Signal. Wochenlang Tamtam und Geschrei, und nun das Ergebnis? Komödianten, die irgendwo ein Stündchen stehen und große Worte machen, worauf man dann nichts weiter von ihnen hört! Selbst die „Rote Fahne“ muß angeben, daß es nach dem Rathenau-Mord auf dem Wittenberg-Platz anders ausgesehen hat.

Und die Meldungen aus Remscheid, Elberfeld, Solingen, Köln, Gelsenkirchen, Essen? Sie bringen alle keine Zahlen. In Gelsenkirchen nahmen nach der „Roten Fahne“ 5000 Personen an der Demonstration teil. Wahrscheinlich also in allem ein überwältigend häßliches Ergebnis, niederschmetternd für die kommunistischen Drahtzieher.

# Die „Meuterer“ von Löben vor Gericht.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

SPD. Im Arbeitsaal des Gefängnisses in Löben begann am Freitag der Prozeß gegen 96 Angehörige der 9., 10. und 11. Kompanie des Reichswehrregiments 2 in Löben. Die Verhandlungen wurden geführt von den Strafamtern des Landgerichts Löben.

Die Beweisaufnahme ergab folgendes: In der 9. Kompanie des genannten Regiments war gegen denstellvertretenden Kompanieführer Oberleutnant Pischel starke Missstimmung entstanden, weil er u. a. die Mannschaften mit „Sie Schweinhund“ titulierte, ihnen drohte „Ich schlage Sie in die Schnauze, daß Sie in die Eile fliegen!“ und auf einem dreißig Kilometer langen Übungsmarsch trotz Bitten des Vertrauensmannes das Bereitstellen von Wasser verweigerte. Ähnliche Beziehungen waren in der 10. Kompanie vorherrschend. Auch hier wurden die Mannschaften durch den Kompanieführer Hauptmann Schüller mit gleichen Ausdrücken bedroht. Schüller ritt seme in Bewegung befürdliche Kolonnen hinein und fügte nach Gedenken den Urlaub der Soldaten. Er bestreitet zwar, in Kolonnen hineingeritten zu sein, gibt aber zu, daß er hinter langsamen Leuten hergeritten ist, um sie zum schnelleren Laufen zu veranlassen und bestreitet nicht, schwere Ausdrücke gebraucht zu haben, wenn er sich auch nicht entstimmt fand, daß Worte, wie „Schweinhund“ bei ihm Anwendung fanden. Dagegen behaupten mehrere Angeklagte, daß Schüller einmal äußerte: „Ihr Schweinhunde, Ihr Lummels, ich werde Euch durch Marsche am Sonnabend und am Montag das Bummeln am Sonntag austreiben!“ Tatsächlich wurden solche Marsche auch angeordnet. Die durch diese Zustände hervorgerufene Missstimmung erfuhr durch folgende Vorgänge eine weitere Steigerung. Am 7. Juli sangen einige Leute der 9. Kompanie im Besen Zimmer Arbeiterlieder, darunter das bekannte „Wer schafft das Gold zutage“. Der Unteroffizier vom Dienst unterlagte das Singen, worauf von den beteiligten Mannschaften einige Disziplinlosigkeiten erfolgten. Der Unteroffizier stellte die Namen der Mannschaften fest und meldete sie. Am Sonntag, dem 9. Juli trafen sich aufständig mehrere der beteiligten Mannschaften in einem Tanzlokal. Sie besprachen dann später in einer improvisierten Versammlung im Walde, was zu tun sei, um einer Bestrafung zu entgehen. Es wurde beschlossen, am Montag nach dem Stadtwalde eine Versammlung einzuberufen, die aber den Vorgesetzten geheimgehalten werden sollte. Diese Versammlung wurde von ungefähr hundert Leuten verschiedener Kompanien besucht. Folgende Forderungen, die den Offizieren vorgetragen und eventl. mit Gewalt durchgeführt werden sollten, fanden Annahme: Auszahlung der Leistungszulage, bessere Behandlung, weniger Dienst, Entfernung der Kaiserbilder und gewisser mißliebiger Offiziere. Geschlossen sollte dann zum Offizierkino marschiert werden. Auf dem Kasernehof kam es nunmehr zu den bekannten Vorgängen, in deren Verlauf mehrere Soldaten, die sich mit Waffengewalt Eingang in die von Unteroffizieren besetzten Kasernentüren verschafften, in Haft genommen wurden. Undere gäzte Pläne, wie die Feste Bojen zu besetzen, falls der Putsch fehlgeschlagen sollte, fanden nicht zur Ausführung. Auch die Auffassung unklarer Köpfe, eventl. die öffentlichen Gebäude zu besetzen und die Offiziere, soweit sie sich mißliebig gemacht haben, zu verhaften, oder gar eine Arbeiterregierung ins Leben zu rufen, blieb lediglich ein Hirngespinst. Bei der Propaganda dieser unklaren Idioten hat ein anscheinend als Lockmittel dienender Mann des Regiments Plenker eine unangeflaute Rolle gespielt. Das Gericht ging auf die Tätigkeit dieses Mannes nicht ein; ebenso wurde er in der Urteilsbegründung nicht erwähnt. Ein Zusammenhang der Vorgänge mit kommunistischer Agitation konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Das Gros der Beteiligten ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme als törichte Mützen zu betrachten, die sich über die Folgen ihres Tuns durchaus im Unklaren waren. Hinzu kommt, daß über das Versammelungsrecht der Mannschaften, insbesondere über die einzuholende Genehmigung zu Versammlungen, überhaupt keine Instruktion erteilt war.

Der Staatsanwalt beantragte für die Hauptbeteiligten Gefängnisstrafen von zwei Jahren, 2 Monaten bis 1 Jahr 6 Monaten, für die übrigen Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten und darüber. Zehn Angeklagte wollte er freigesprochen wissen. Er nannte die Tat einen Dummenjungenstreik, der aber symp-

tatisch sei für die Zeit, in der wir leben und besonders deshalb so hart bestraft werden müsse, weil er so ernste Folgen hätte haben können. Unsicher war dem Staatsanwalt, daß eine deutsche Truppe meutern könnte, weil der Dienst zu schwer sei und weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt worden waren. In der Revolution 1918 hätten wir Neinliches hinnehmen müssen, doch seien jetzt andere Zeiten. Er spricht in verächtlichem Tone von den „Freiheitsliedern“, die die Soldaten gebrüllt hätten.

Nach mehrstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Stahl das Urteil. Die Hauptbeteiligten Pöning und Robert erhalten je drei Jahre zwei Monate Gefängnis, Jantowski und Haselow je ein Jahr und 6 Monate wegen Aufruhr mit der Waffe, Abhaltung von geheimen Versammlungen usw. Die übrigen Angeklagten werden geringer bestraft. Die Strafen schwanken zwischen einem Jahr und drei Monaten; mehrere Beteiligte erhalten 2 Monate Gefängnis, einer wird mit 3 Wochen Mittelarrest bestraft. 19 Angeklagte werden freigesprochen. Der Mehrzahl der Beteiligten wird Strafantritt gewährt, so weit ihre Strafe 6 Monate nicht übersteigt. Die Untersuchungshaft soll allen Angeklagten mit 2 Monaten 2 Wochen angerechnet werden. Mit Ausnahme der vier genannten Hauptbeteiligten werden alle Angeklagten aus der Haft entlassen.

So endete nach zweitägiger Verhandlung ein törichtes Unternehmen mit der Verurteilung von 77 jungen Menschen, die sich zum größten Teil über die Folgen ihrer Tat nicht im Klaren waren. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung habe man den Eindruck, daß das Gericht sich bemühte, Klarheit über die eigentlichen Gründe der Verfehlungen zu schaffen, daß der Gerichtshof aber aus Männern zusammengesetzt war, die in der alten Zeit ihr Ideal sahen und die es als ein großes Vergnügen betrachteten, wenn von Reichswehrangehörigen Arbeitnehmer gejagt werden. Das Wort Republik wurde während der Verhandlung nie erwähnt. Staatsanwalt, Vorsitzender und die gestellten Rechtsanwälte sprachen nur vom deutschen Vaterland und bemühten sich eifrig, die „sehnen trüben Zeiten“ im Gegensatz zu vergangenen Tagen zu stellen, wo eine derartige „Meutelei“ unmöglich gewesen wäre.

\* \* \*

Aus der Zeugenvernehmung ist noch ein interessanter Fall zu berichten: Ein Zeuge, Drinmann, beläßt einen der Angeklagten recht schwer, indem er behauptet, der Angeklagte hätte die Entfernung der Offiziere verlangt. Unwiderrührbar von dem Zeugen Drinmann stellt der Angeklagte fest, daß der Zeuge aus Unabsicht des Mordes an Rathenau äußerte: „Das ist gut, daß das Schwein fort ist, es werden noch andere folgen.“ Er, der Angeklagte, habe sich in der Form geträumt: „Es ist doch sonderbar, daß immer ehemalige Offiziere an solchen Morden beteiligt sind. Reaktionäre Offiziere müßten aus der Reichswehr entfernt werden.“ Der Angeklagte, übrigens sonst wenig belastet, ist aus der Reichswehr entlassen! Der Zeuge, der sich über den Mord an einem Minister der Republik freut und das unverhohlen äußert, ist heute noch Angehöriger der Reichswehr.

## Die gefährlichen Gangster.

Saarbrücken, 2. Oktober.

Der Kölner Männergesangverein hatte sich am Sonnabend nach Saarbrücken begeben, um dort mehrere Konzerte zu veranstalten. Die zur Begrüßungsfeierlichkeit geplanten Veranstaltungen zu Ehren des Kölner Männergesangvereins, wie Empfang auf dem Bahnhof, feierliche Begrüßung durch den Bürgermeister in der Stadthalle und Festkommissare sind durch die oberste Polizeiverwaltung verbaut worden. Lediglich die Abhaltung der Konzerte wurde in letzter Stunde erlaubt.

## Spionagewirtschaft.

Der Außenhandel im August.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichs- amts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels wurden im August eingeführt 46,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 56,6 Milliarden Mark, aus Deutschland ausgeschüttet 15,1 Millionen Doppelzentner im Werte von 60,3 Milliarden Mark.

Gegenüber dem Vormonat ist der Menge nach die Einführung um 1,2 Millionen Doppelzentner gesunken, in Mark ist sie um 10,7 Milliarden Mark gestiegen. Die Ausfuhr ist der Menge

nach um 2,3 Millionen Doppelzentner zurückgegangen, in Mark hat sie um 24,6 Milliarden Mark zugenommen.

Die Verschiebung im Verhältnis der Mengen und Werte zwischen und die zahlreiche Wertzunahme, die besonders auf den Ausfuhrseiten in Erscheinung tritt, beruht in erster Linie auf den Folgen der starken Marktentwertung im August. In der Einführung weisen die verhältnismäßig hochwertigen Waren, besonders verschiedene Nahrungsmittel und Rohstoffe, einen erheblichen mengenmäßigen Rückgang auf; die Weizen- einführt ging von 17 Hunderttausend Doppelzentner im Juli auf 12 Hunderttausend Doppelzentner im August zurück, Mais von 18 auf 7, Roggen von 8 auf 4, Zwiebeln von 5,4 auf 3,6. Starke Rückgang zeigen ferner Käse, Tee, Kakao, Schmalz, Margarine und Rohrzucker. Von den Rohstoffen erlitten die Mineralöle einen Einführungsrückgang von 15 auf 7 Hunderttausend Doppelzentner, die Wolle von 163 auf 132 und die Baumwolle von 317 auf 266 Tausend Doppelzentner; Eisen und Kupfer sowie chemische Rohstoffe zeigen die gleiche Entwicklung. Zugemommen hat dagegen besonders die Einführung geringwertiger Waren, wie Bau- und Nahrholz, Steinkohle, Koks usw.

Bei der Ausfuhr betrifft der Mengenrückgang hauptsächlich geringwertige Waren, wie Steinkohle, Koks, Kalzit, Eisenwaren, während höherwertige Waren, von denen Automobile, Maschinen, Papierwaren und Blech (dieses für das Saargebiet und Polnisch-Oberschlesien) genannt seien, in vermehrtem Maße ausgeführt worden sind.

Der wertmäßige Ausfuhrüberfluss ist außerdem noch besonders dadurch hervorgehenden, daß die Entwicklung der inländischen Valuta auf der Ausfuhrseite stärker und schneller zum Ausdruck kommt als auf der Einführung. Infolgedessen erscheint in einer Zeit rasch gesunken Inlandswährung, wie im Beziehungsmonat, die Einführung wertmäßig kleiner und die Handelsbilanz schärfer, als sie tatsächlich waren. Diese Tatsache, die besonders für die Ausfuhrergebnisse infolge des starken Marktschlages von erheblicher Wirkung gewesen ist, darf bei Beurteilung dieser Ergebnisse mit ihrem mengenmäßigen Ausfuhrüberfluss von 3,8 Milliarden Mark nicht außer Betracht gelassen werden.

Es wäre sonach ein Trugchluss, wollte man aus der Besserung der Handelsbilanz, die in der Einschränkung der Einführung hochwertiger Waren und der Ausfuhr geringwertiger Waren begründet ist, zu weitgehende Folgerungen ziehen.

## Kartoffelpreisnotierung.

Hamburg, 3. Oktober.

Als in den Erzeugergebieten gezahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln ab Bahnstation sind am Montag festgestellt worden: Weiße Kartoffeln 360 bis 380 Pf. pro Zentner, rote Kartoffeln 280 bis 300 Pf. pro Zentner, gelbe Kartoffeln Industrie 430 bis 460 Pf. pro Zentner.

## Wienmarkt.

Mitgeteilt von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein.

Der Antrieb belief sich auf 2921 Schafe aus Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Die Preise waren I 220, II 205—215 Pf., III 190—200 Pf., IV 150—180 Pf. Sauen I 200—210 Pf., II 160 bis 181 Pf. für das Pfund Lebendgewicht. Der Handel war mittelmäßig.

Rinder: Antrieb 1044 aus Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Die Preise waren I 186—190 Pf., II 110 bis 125 Pf., III 90—110 Pf., IV 80—90 Pf. für das Pfund Lebendgewicht.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 4. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		
	3. Oktober.	2. Oktober
Amsterdam	100 fl.	72758.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	13458.15
Kristiania	100 Kr.	32259.60
Kopenhagen	100 Kr.	38152.25
Stockholm	100 Kr.	36958.75
Helsingfors	100 finn. Mk.	49188.40
Rom	100 Lire	4154.80
London	1 £	8039.90
New York	1 Doll.	8269.65
Paris	100 Frs.	1885.14
Zürich	100 Frs.	14807.05
Madrid	100 Pesetas	35215.90
Wien	100 K.	2.60 1/2
Prag	100 K.	5942.55
Budapest	100 K.	73.90

„Meine Schwester weiß schon Bescheid, daß Sie mitkommen. Es gibt leidere Sachen, wir verstehen sich darauf besser, als man vermuten dürfte.“

Die Schwester Paulis, die zwei kleine Gemächer in der Dienststraße bewohnte, empfing sie mit vorgebundenem Küchenschürze.

„Hast du den Wandermittigen festgehalten. Recht so ... nun setzt euch, es ist gleich fertig.“

Nach dem Essen empfängt sich der Bruder. „Sleiben Sie noch ein wenig hier. Wir kann ja noch Kaffee kochen. Ich muß leider fort. Servus — viel Glück auf dem Weg!“

Es waren noch etwa fünf Minuten nach seinem Fortgang verstrichen, als es Klingelte. „Bleiben Sie sitzen.“ bat Mir lächelnd. „Sie stören nicht, im Gegenteil ...“ Dann ging sie hinaus auf den Korridor, um zu öffnen. Sie fehlte nicht mehr zurück. Im Türrahmen stand Gerda, angewollt den Blick auf Hans gerichtet.

Er schloß die Augen, denn ihm war, als komme eine riesenhafte Welle auf ihn zu, die ihn schwaden machte, die ihn hinstellen ließen würde ...“

Als er sie öffnete, stand sie dicht vor ihm, ihr Atem streifte sein Gesicht. Ihre Augen lächelten.

„Warum wolltest du fortgehen?“ Wieder das ferne Läuten in ihrer Stimme wie die Glöckchen seiner Heimat, die seine Schnauft lachte. Wieder schloß er die Augen vor dem Glanz der Augen. Da schmiegte sich ihre Schönheit an ihn, ihre Arme wandten sich um seinen Hals und in ihrem Kuß verließ die Welt.

Dann war er wieder allein. Die Gedanken stürmten in seinem Hirn, er war betrübt vom Duft einer schönen fremden Blume, an die er sein Herz gehangen hatte. Als er ruhiger wurde, bekam er sich auf seine Achseln abzuteilen, und er musterte lächelnd. Es war recht, daß er blieb, und er schmiegte sich das Kleidungsstück, einer Wendung seines Lebens auszumachen, die doch zu seinem Schicksal gehörte. Thomas Westmann, dachte er, weiß von Gerda so wenig wie von mir — vielleicht hat er recht, wenn er glaubt, daß mir meine Liebe viel Schmerz bringt, ich bin doch auch voller Sehnsucht und will nicht begreifen, daß man nicht lieben darf, um das Weib zu vermeiden. Hans fühlt dabei, wie sich der Stolz darüber, daß Gerda ihn lieb hatte, der dunkle Ahnung mischte, wie wenig er ihr an die Dauer genügen würde; denn er war ja noch so jung und unerfahrt. Doch darüber wollte er nicht nachhängen, sondern wollte aufrecht und von frohem Ernst sein, wie er glaubte, daß er Gerda am besten gefallen würde.

Mit dieser Zuversicht ging er zu Westmann. „Du hast mir die Möglichkeit zugesagt, Thomas, Arbeit für mich zu finden; wie ist es damit, ich will hierbleiben.“ Er war froh, daß Westmann kein Wort verlor und keine Frage stellte, sondern in heißer Laune Hilfe ausgab.

Schluß folgt.

## Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Arthur Zidler.

24. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Hans merkte, daß dieses schöne Mädchen viel mehr gelebt als verstanden hatte und daß sie nur sorgsam sprechen durfte, weil ihre Unergerechtigkeit gut zu ihrem hübschen Gesicht stand. Das andere Mädchen, blond und läppisch, sagte nichts, aber sie lächelte viel und ohne Grund. Die ernsthaften Wettbewerber, Thomas Westmann und Andreas Pauli, gerieten oft schroff aneinander. Westmanns Art zeigte dem Westfalen, er war eigenwillig, kräftig im Argument, fühlte in der Behauptung und doch nicht ohne nützlichen Sinn für das Reale. Ihm stand der Jude Pauli ebenbürtig gegenüber. Florett gegen den Säbel, beschlagen im Wissen, geschickt im Ausweichen, überlegen im Vorstoß, gewandt in der Formulierung. Der Streit ging um Sinn und Taktik der politischen Machteroberung. Hans kam es bei der Beobachtung des Disputes weniger auf den Stoff und das Ergebnis an, als auf die Methoden des Widerstreites, die ihm fesselten. Über die Sache selbst hatte er seine eigenen Gedanken, die wesentlich einfacher waren als die vor ihm vorgebrachten. Er hätte sich am liebsten mit dem Schlosser allein ausgetauscht, der seinem Weisen am nächsten kam. Eben begann er, diesem ein wenig zu sekundenieren, als es Klingelte und Pauli einen verätzten Westfalen hereinbrachte, ein Mädchen aus Westfalen, die allen andern bekannt zu sein schien. Sie wurde Gerda genannt, nicht allen nur zu und blieb am Türrahmen stehen. Hans wurde von ihr erst bemerkt, als er ihr letzten Stuhl entbot. Sie schüttelte den Kopf und blieb stehen.

Hans Westfelders Interesse an der Unterhaltung wurde schwächer, die Neugierde neigte seine Aufmerksamkeit mehr. Sie trug ein schwarzes, einfaches Kleid mit weißem Kragen, in dem kleinen, blauen Gesicht zogen zwei schmale, mandelförmig gekrümmte Augen durch ihren rätselhaften Ausdruck leicht an. Ihre Stirn war rein und klar, darüber wölbte sich eine straff gebundene Fülle schwarzer Haare. Hans beobachtete sie lange. Sie blieb völlig unbewegt, nur ihre Augen gingen von einem zum andern. Bloß Hans wurde überrascht, er merkte, daß sie keine Beobachtung geführt hatte und wandte die Augen von ihr ab. Ihr Gesicht und mich ihm auch nicht ans. Im gleichen Augenblick spürte Hans, daß im tiefsten Grunde seiner Empfindungen ein Ton aufklang, der ihn seiner Ruhe bedrohte. Das freundliche Mädchen hatte ihn gesungen. Noch einmal sahen sie sich an und beide Gesichter übereinander. Die ganze Gesellschaft verlor den Sinn für Hans, er ergriff, als die anderen zu Lärm brüllten. „Geh da weg!“ sagten sie. „Wir sehen uns wieder!“ sagte

sie zu Hans, mit einer Stimme, in der ein leises, fernes Läuten war.

Es war ausgemacht, daß Hans bei Andreas Pauli im Zimmer schlafen sollte. „Vorerst muß ich mit dir noch etwas reden.“ Der erste Ton, mit dem ihm Westmann dies sagte, überraschte Hans. Sie gingen beide allein in das Arbeitszimmer zurück, wo das Rauch der Zigaretten um die Lampe schwante.

Westmann sahte Onfreders Hand und hielt sie fest.

„Hans, wir kennen uns erst so kurze Zeit, daß es mir schmerzhaft ist, eine Forderung an dich zu stellen, die du leicht mißverstehen kannst ...“ Hans sah ihn verständnislos an.

# Allgemeine Ortsfrankenfasse Lübeck.

Durch den am 3. Oktober 1922 beschlossenen Neuen VI. Nachtrag zur Kassenregelung sind der Grundlohn, die Kassenleistungen und die Beiträge mit Wirkung vom 2. Oktober 1922 an wie folgt festgesetzt worden:

Arbeitsverdienst für den Arbeitstag, bis einschl. M.	Grundlohn M.	Wochenbeitrag 10 % des Grundlohns M.	Krankengeld bei Regel-Leistungen 50 % des Grundlohns M.		Sterbegeld bei Mehrleistungen 60 % 20fache des Grundlohns M.	
			Mehrleistungen M.	Regel-Leistungen M.	Mehrleistungen M.	Sterbegeld M.
I. 25	15,-	9,-	7,50	9,-	300,-	450,-
II. 50	40,-	24,-	20,-	24,-	800,-	1200,-
III. 85	70,-	42,-	35,-	42,-	1400,-	2100,-
IV. 120	100,-	60,-	50,-	60,-	2000,-	3000,-
V. 160	140,-	84,-	70,-	84,-	2800,-	4200,-
VI. 200	180,-	108,-	90,-	108,-	3600,-	5400,-
VII. 240	220,-	132,-	110,-	132,-	4400,-	6600,-
VIII. über 240	260,-	156,-	130,-	156,-	5200,-	7800,-

Für unständig Beschäftigte ist der Ortslohn durch Zusätze wie folgt erhöht worden:

	Für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte		Für die Landbezirke	
	männl. M.	weibl. M.	männl. M.	weibl. M.
für Versicherte über 21 Jahr von 16-21 Jahren unter 16 Jahren (zu denen auch die Lehrlinge zählen)	260 180	220 140	120 80	80 80

Beiträge, Krankengeld, Sterbegeld für unständig Beschäftigte werden nach diesen Ortslöhnen in gleicher Weise wie oben berechnet.

Lübeck, den 4. Oktober 1922.

Der Vorstand

7702) Joh. Körner, Vorsitzender. A. Steudel, Schriftführer.

Ausdrucken!

Aufbewahren!

## Sandfrankenfasse für die Provinz Südbad.

Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne bei den Krankenkassen vom 12. September 1922 — veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 63 vom 15. September 1922 — hat der Ausschuss in seiner Sitzung am 18. September 1922 beschlossen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 den Grundlohn, die Beiträge usw. wie folgt festzulegen:

Lohngruppe	Tagesverdienst	Grundlohn M.	Wochenbeitrag M.	Sicherheitshilfe M.	Sicherheitsbeitrag M.	Gefahrlohn M.
I.	bis zu 4,-	Mit.	4,-	2,16	1,44	0,72
II.	von 4,01 - 8,-	Mit.	8,-	4,82	2,88	1,44
III.	8,01 - 12,-	Mit.	12,-	6,48	4,32	2,16
IV.	12,01 - 16,-	Mit.	16,-	8,64	5,76	3,88
V.	16,01 - 20,-	Mit.	20,-	10,80	7,20	4,60
VI.	20,01 - 24,-	Mit.	24,-	12,96	8,64	4,92
VII.	24,01 - 28,-	Mit.	28,-	15,12	10,08	5,04
VIII.	28,01 - 32,-	Mit.	32,-	17,28	11,52	5,76
IX.	32,01 - 36,-	Mit.	36,-	19,44	12,96	6,48
X.	36,01 - 40,-	Mit.	40,-	21,60	14,40	7,20
XI.	40,01 - 50,-	Mit.	50,-	27,-	18,-	9,-
XII.	50,01 - 60,-	Mit.	60,-	32,40	21,60	10,80
XIII.	60,01 - 70,-	Mit.	70,-	37,80	25,20	12,60
XIV.	70,01 - 80,-	Mit.	80,-	43,20	28,80	14,40
XV.	80,01 - 90,-	Mit.	90,-	48,80	32,40	16,20
XVI.	90,01 - 110,-	Mit.	110,-	59,40	39,60	19,80
XVII.	110,01 - 130,-	Mit.	130,-	70,20	46,80	23,40
XVIII.	130,01 - 160,-	Mit.	160,-	86,40	57,60	28,80
XIX.	160,01 - 200,-	Mit.	200,-	108,-	72,-	36,-
XX.	200,01 - 250,-	Mit.	250,-	135,-	90,-	45,-
XXI.	über 250,-	Mit.	300,-	162,-	108,-	54,-

Die Familienhilfe wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 auf die Kinder der Versicherten befrünt. Der Zuschuß zu den größeren und kleineren Gehaltsmitteln wird vom gleichen Tage ab um 300,- erhöht.

Auf Grund der Verordnung über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung ist die Verjährungszeit von 72 000,- M. auf 204 000 M. auf erhöht. Betriebsbeamte usw. welche wegen Überschreitung der Verjährungszeit von 72 000,- M. aus der Kasse abgemeldet bzw. nicht gemeldet worden sind, sind der Kasse bis spätestens 22. Oktober 1922 auf dem vorgeschriebenen Formular zu melden, soweit ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst jetzt 204 000,- M. an Entgelt nicht überschreitet.

Auf Grund der vorstehenden Bekanntmachung über Grundlöhne sowie der Bekanntmachung der Regierung und des Versicherungsamts vom 25. d. M. betr. den Wert der Sozialbezüge werden die versteuerten volkswirtschaftlichen Arbeiter, Hörer und Freiarbeiter vom 1. Oktober 1922 ab der XXI. Lohnstufe zugerechnet und haben demnach einen wöchentlichen Beitrag von 16,- zu zahlen.

7678 Gutin, den 30. September 1922. Der Vorstand.

Wilhelm Witt, Vorsitzender.

## Anzeigen,

die in der an dem betri. Lage erscheinenden Nummer des *Südwesten* veröffentlicht werden sollen, müssen

ca. 10 fl. veranlassen

## Brennmanns 7700 Edelmetall-

Lübeck Ankanistelle Rostock  
Kupferschmiedestraße 3

Fernruf 5228

### Zur Beachtung!

Beim Verkauf von Gold-, Silber-,

Platin-, Eisen-, Brillanten,

Goldschmieden, Schmuck, Dose

fünden jeder mit Sicherheit bereit rechnen, daß unsere Preise weit höher als die anderer Firmen.

Leistungsfähiges Spezialgeschäft.

Geöffnete Zeiten von 8½ - 1 und 2 - 6 Uhr.

Einkommensteuer  
mit den letzten Änderungen  
der Lohnsteuer  
von Wilhelm Keil

zum Preise von 9,- Mark

Fabrikat Friedr. Meyer & Co.

Dr. A. Ott

Zeitung für Sonnenleiter  
zurückgekehrt.

Fabrikat Friedr. Meyer & Co.

Fabrikat Friedr. Meyer &

1. Bellage.

Mittwoch, 4. Oktober 1922.

Nummer 232.

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 4. Oktober.

### Sozialdemokratischer Verein.

**Bericht von den Parteitagen.** — Erhöhung des Beitrages.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagte am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus. Vor Eintreten in die Tagesordnung wurde das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Genossen in der üblichen Weise geehrt. In dem Nachruf gedachte der Vorsitzende, Gen. Löwigt, besonders ehrend des jung verstorbenen Genossen Lümler. Den Bericht von den Parteitagen in Augsburg und Nürnberg gaben die Genossen Haubt und Dr. Leber. Ersterer gab ein Bild über die allgemeinen Verhandlungen, während letzterer über die Einigung sprach. Wir haben seinerzeit ausführlich im „Volksboten“ über die Verhandlungen berichtet, so daß sich heute ein näheres Eingehen erübrigte. Genosse Haubt bestätigte u. a., daß der Parteitag in Augsburg zu den ereignisreichsten gehörte. Augsburg sei eine historische Stadt, in der die Künste im Mittelalter als Kunstwerke eine große Rolle gespielt hätten. Schon früh legten dort die wirtschaftlichen Räume ein. Die Augsburger Genossen hatten den Parteitag gut vorbereitet und die Jugend war es besonders, welche die Delegierten herzlich empfangen hat. Die Arbeit des Parteitages war wieder groß und umfangreich. Im Vordergrund stand aber die Einigungfrage. Genosse Haubt berichtete dann über den Verlauf der Tagung. Neben den Berichten des Vorsitzenden und der Reichstagsdelegation wurde vor allem die Frauenfrage, die Justizreform, die Gesundheitspflege u. a. behandelt. Auch die Frage der Sozialversicherung und der Erfassung der Sachwerte bei eingehend erörtert worden. Ebenso auch die Notlage der Städte. Diese Hauptwaffe im Kampf der Arbeiterschaft müsse unbedingt erhalten werden. Der Redner ist mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden und wünschte, daß die Genossen nun mit neuer Kraft für die Sozialdemokratie werben.

In eindrucksvoller Weise sprach alsdann Gen. Dr. Leber über die Einigungfrage, die im Mittelpunkt der Verhandlungen stand. Er griff zurück auf die Zeit vor etwa 50 Jahren, wo die Arbeiterschaft sich ebenfalls heftig bekämpfte, dann aber nach der Einigung in Gotha einen nächsten Ausschluß genommen hat. In Bewegungen, die Parteien wieder zusammenzuführen, hätte es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Der Redner hoffte dann, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit gerade zu einer Einigung drängten. Als die Unabhängigen sich in grundlegenden Fragen uns immer mehr näherten und die reaktionären Karolinen Moskous richtig erkannten, da war die Einigung verstellt. Sie sei also das Ergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung. Nach einem vorzülichen Referat des Genossen Welz habe der Parteitag auf eine Debatte verzichtet. Man wollte über die Einigung nicht mehr reden, sondern sie einfach durchführen. Das gemeinschaftlich von der SBD und der USPD aufgestellte Aktionsprogramm wurde vom Parteitag angenommen. So unverzüglich und in dem Geiste der Einigung ging es dann nach Nürnberg. Es waren Weltkundgebungen für alle Teilnehmer. Unverzüglich war es, als alle Parteigenossen wie Wissenschaft und Art sich wieder die Hände reichten. Tränen der Freude ließen manchem über die Mängeln gelassen. Für alle, die an der Tagung in Nürnberg teilnahmen, bildeten die dortigen Vorfälle einen Höhepunkt des Lebens. Arbeitervertreter aus fast ganz Europa waren dort zusammengekommen, um diesen erhebenden Moment bejubeln zu können. Die Begeisterung war allgemein und ungeheuer groß. Nur hätten wir die einige Partei wieder und nun gesteckt es, mit frischer Mut und neuer Kraft für das hohe Ziel des Sozialismus zu wirken.

Beide Redner fordern lebhaften Beifall. Beschlissen wurde, von einer Auswroche Abstand zu nehmen. Folgende Entschließung fand darauf einstimmige Annahme:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Lübeck stimmt den Beschlüssen des Augsburger Parteitages zu. Sie begrüßt insbesondere den dort einstimmig zum Ausdruck gekommenen Willen zur Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien, die auf dem gemeinsamen Parteitag in Nürnberg ihre Erfüllung gefunden hat. Die Versammlung gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß nur durch eine starke und einige sozialdemokratische Partei die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die noch bevorstehen, für die Arbeiterschaft erfolgreich gestellt werden können. Der Eintret in die sozialdemokratische Organisation erscheint deshalb als die Pflicht aller, die an die Stelle des kapitalistischen Systems, unter dessen ehemaliger Domäne das Volk keine Leidens mehr, die sozialistische Gesellschaftsordnung setzen wollen."

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge wurde vom Genossen Weiß begründet. Er hob u. a. hervor, daß die Partei zur Erfüllung ihrer Aufgaben schlagfertig bleiben müsse. Das kommt aber nur zustande, wenn man der Partei das gebe, was sie notwendig gebraucht. Der Vorstand beantragte daher, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 6 M. und für weibliche auf 2 M. festzulegen. In der Aussprache erkannte Genosse Thomsen an, daß die Partei das Geld haben müsse. Glaubte aber, die Belastung der Mitglieder sei zu stark. Der Genosse Göhr, Martin und Wengenrath traten für den Antrag ein. Letzterer forderte noch, daß das Parteiblatt keine Interesse von der Arbeiter-Union aufnehmen solle. Nachdem Genosse Weiß nochmal für den Antrag eingetreten war, wurde denselbe fast einstimmig angenommen. Demnach beträgt vom 1. Oktober ab der Beitrag für männliche Mitglieder 6 M. und für weibliche Mitglieder 2 M. pro Woche.

### Ortskassenkasse.

Eine außerordentliche Ausschüttung der allgemeinen Ortskassenkasse tagte am Dienstag in der Schiffergesellschaft. Sie beschäftigte sich mit der Erhöhung des Grundlohnes, der Ausdehnung der Versicherungspflicht und Änderung der Kassenleistungen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Jo. Lödner, machte auf die Änderungen aufmerksam, die durch rechtsgerichtliche Bestimmungen notwendig werden. Der Vorstand habe davon abgesehen, die Höchstgrenze (500 M.) festzulegen, da die Mitglieder durch den 10-Prozent-Beitrag schon fast in Anspruch genommen seien und auch die Kassen der Umgegend eine Grundlohnhöchstgrenze von 260 M. festgesetzt hätten. Dadurch würden die Zuschüsse, die wir früher bei der Höchstgrenze machen mußten, in Wegfall kommen. Änderungen würden auch bei der Wochentaxe vorgenommen. Der höchste Wochentaxa-Betrag beträgt jetzt 156 M. — Herr Solomon findet die Erhöhung um über 100 Proz. ungemeinlich, sie stehe in keinem Verhältnis zu den Löhnen, hauptsächlich im Baugewerbe. Die Gesamtabgaben für Versicherungs-, Gewerbeaufsichtsbeiträge und Steuern würden wöchentlich über 150 M. ausmachen und seien kaum zu ertragen. Man müsse dagegen trachten, bei der Kassenkasse zu sparen und eventl. die Ausgaben für Arzte und Medizin beschränken. Um beiden wären es, wenn die letzte Klasse gestrichen würde. Herr Neisberger betonte

demgegenüber, der Grundlohn müßte eher erhöht werden. Man müsse sich wundern, daß die Kasse mit den bisherigen Beiträgen ausgekommen sei. Empfehlenswert wäre, statt 8 Klassen deren 10 zu schaffen. Die Kasse habe nur ihren Verpflichtungen nachkommen können, weil augenscheinlich sein hoher Krankheitsstand zu verzeichnen sei. — Nach dieser kurzen Aussprache wurde die Satzungänderung einstimmig angenommen. — Die Versicherungsgrenze ist auf 204 000 M. hinaufgezogen, die Krankenhilfe von 750 auf 1500 M. Das Krankengeld beträgt für die ersten 25 Wochen in den 8 Klassen der Reihe nach: 7,50, 20, 35, 50, 70, 90, 110 und 130 M. täglich; bei Anspruch auf Mehrleistung 9, 24, 47, 60, 84, 108, 132 und 156 M. Die Wochenkasse wird entsprechend höher gesetzt, und zwar von 250 auf 500 M., das Stillgeld von 8 auf 25 M. Das Sterbegeld beträgt nun in der höchsten Stufe 7800 M. Unter Berücksichtigung dessen leistet Herr Lödner noch die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf die großen Ausgaben der Kasse für Apotheken und Medizin, wobei die teuren Gefäße für die Arzneien eine sehr große Summe ausmachen. Für Arzneien habe die Kasse im Vorjahr 214000 M. verausgeben, in diesem Jahr würden es gut 4 Millionen Mark. Davon entfiel etwa 1 Million auf die Gefäße. Eine kleine Medizinflasche koste heute 20 M., größere Flaschen bis zu 100 M. Die Mitglieder müßten erneut erzogen werden, die leeren Flaschen, soweit sie wieder gebrauchsfähig sind, nach Beendigung der Krankheit an die Apotheken zurückzuliefern; man werde ihnen dann eine Vergütung geben und der Kasse würde vom Apotheker ein entsprechender Rabatt gutgeschrieben. Die Aussprache hierüber bewegte sich in diesem Sinne. Nach einigen weiteren, Kasse und Krankenhaus betreffenden Bemerkungen aus dem Kreis des Ausschusses schloß derselbe Vorsitzender, Herr Alfred Dregge, die Sitzung.

### Um die Butter.

Durch Verfügung des Reichsnährungsministers ist bekanntlich die Ablösung von Butteraktionen in Zukunft von Garantien abhängig gemacht worden, die dem Ernährungsministerium oder den zuständigen Stellen der Länder gegeben werden müssen, falls nicht in absehbarer Zeit ein vollständiges Verbot der Auktionen stattfinden soll. Diese Garantien bestehen in erster Reihe darin, daß die Butterproduzenten, alle in erster Reihe die Landmaschinen gebrauchen werden sollen, ihre gesamte Produktion den Auktionen zur Verfügung zu stellen. Bisher ist in steigendem Maße die Beschaffung gemacht worden, daß die Molkereien etwa nur den vierten oder fünften Teil ihrer Gesamtproduktion auf die Auktion senden und infolgedessen künftlich eine Wettbewerbsfähigkeit herstellen, die zum großen Teil an der Preisbildung schuld trug, die in schwerem Gegensatz zu den amtlichen Preisen der Butternotierungscommission standen. Das geringste Angebot von Butter veranlaßte die sprunghaften Aufwärtsbewegung, die dann von den Produzenten in der Weise ausgenutzt wurde, daß hinterher die vorhandenen großen Mengen an Butter nur zu den höchsten Auktionspreisen abgegeben wurden. In den Kreisen des Butterhandels steht man der Verfügung des Ernährungsministers ostendig nicht allzu optimistisch gegenüber. Man befürchtet, daß dieser Schritt einen Kriegsfall der Molkereien auslösen wird und daß die Butteraktionen von den Landmaschinen und den großen Genossenschaften gänzlich vermieden werden. In diesem Falle, so nimmt man in den Kreisen des Butterhandels an, würde sich wahrscheinlich der unerträliche Zustand heraussetzen, daß der gesamte Butterhandel von einer Gruppe des Großhandels kontrolliert wird und daß auch in diesem Falle ein Preisdruck bestehen bleibt. In diesem Falle will der Kleinhandel nach den bisherigen Erfahrungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen an den Ernährungsminister mit der Bitte herantreten, die Zwangswirtschaft für Milch und Milchprodukte in vollem Umfang wieder einzuführen.

Was hier über die Auktionen gesagt wird, sind mehr oder minder schwach bekannte Tatsachen. Doch auch ohne Auktionen die Butterpreise sollte weiter gestiegen werden, indem die Produzenten einfach die Ware plausibel zurückhalten, bis der auf diese Weise erreichte neue „Marktpreis“ notiert ist, lehrt die Erfahrung.

Das einzige Gute an dem Lebensmittelmarkt ist, daß es möglich ist die weitesten Volksschichten einzuladen: Wir müssen wieder die Zwangsmittel einschaffen. Aber besser organisiert und kontrolliert als früher.

Mittel für die Betriebsräteschule. Durch Rat- und Bürgerklausur vom 12. Oktober 1921 ist der Lübecker Volkshochschule zur Ausbildung der Betriebsräte im Wirtschaftsbereich Lübeck ein Betrag von 10 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Dieser Betrag ist, wie der Unterrichtsausschuß der Betriebsräteschule mitgeteilt hat, nicht ausgewandert, weil die geplante zweite Reihe von Lehrgängen wegen der im vergangenen Frühjahr stattgefundenen Betriebsräteklausuren nicht ausfallen mußten. Die nicht verwendete Summe von 330 M. ist an die Stadt Lübeck zurückzuzahlen. Der Unterrichtsausschuß hat weiter darangelegt, daß die Betriebsräteschule im ersten Unterrichtsjahre in sechs Lehrjahren, in denen über das Betriebsrätegesetz sowie über Betriebslehre und Betriebswirtschaftslehre unterrichtet werden soll, 235 Betriebsräte ausgebildet hat. Da dies nur ein Teil der gesamten Betriebsrätefamilie darstellt, muß die Betriebsräteschule im kommenden Winter fortgesetzt werden. Der Auslastung steht dagegen, für die Fortsetzung des Unterrichts 25 000 Mark zu benötigen. Dieser Betrag soll zur Errichtung von 10 bis 12 Lehrgängen von je vierteljährlicher Dauer verwendet werden. Der Senat ist mit der Bewilligung des erbetenen Betrages einverstanden und stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Erhöhung der Umschlags- und Lagergebühren im Hafen. Infolge der fortgeschrittenen Teuerungsverhältnisse werden vom 5. Oktober ds. J. an die Gebühren der Kaiverwaltung der Handelskammer weiter erhöht. Die Erhöhung beträgt bei den Umschlagsgebühren etwa 15 %, bei den Lagergebühren etwa 100 % der zuletzt erhobenen Säcke, lediglich die Umschlagsgebühren jetzt umfaßt das 28fache des Gebührentarifs vom 23. März 1920, die Lagergebühren etwa das 40fache des Lagergebührentarifs der Ordnung für den Güterschreibdienst vom 26. Juni 1903 ausmachen.

Nichts frankieren! Seit dem 1. Oktober beträgt das Porto für Paketarten im Ortverkehr 1,50 M., im Fernverkehr 3 M. für Briefe im Ortverkehr bis 20 Gramm 2 M., im Fernverkehr 8 M., über 20 bis 100 Gramm 8 M., über 100 bis 250 Gramm 10 M.

Zentrale für private Fürsorge. Im Mittagstisch 1. Johannisstraße 47/49 wurden im September an 26 Tagen 2734 Portionen verteilt, im Mittagstisch 2. Fischstraße 17, wurden an 20 Tagen 3803 Portionen verteilt. Im ganzen wurden 6537 Portionen verteilt, mithin durchschnittlich täglich 211 Personen gespeist.

pb. 200 Dollar gestohlen. Ermittelt und festgenommen wurde ein Elektrotechniker aus Travemünde, der in dem dringenden Verdacht steht, einen Freunde, bei dem er in Travemünde zu Gast gefeiert hat, 200 Dollar gestohlen zu haben. Er kannte genau die häuslichen Verhältnisse seines Freundes und wußte,

dass dieser Freund die 200 Dollar in einem Kästchen in einer Schublade seiner Kommode verwahrt hatte. Die gestohlenen 200 Dollar konnten bisher nicht wieder herbeigeschafft werden. Der Gestohlene fügert für die Wiederherbeschaffung der Dollar eine Belohnung von 20 000 Mark zu.

\*

Kücknitz. Fahnenweihe. Am Sonntag konnte die hiesige Ortsgruppe des sozialdemokratischen Vereins das Fest der Fahnenweihe feierlich begießen. Nach langem Bemühen und vielen schweren Opfern war es in Kücknitz unsern Genossen endlich gelungen, sich eine Fahne zu beschaffen. Zu dem Fest waren die umliegenden Ortsgruppen mit Fahnen erschienen. Besonders Travemünde war zahlreich vertreten. Ein Freien war eine schwartzrotgoldene geschmückte Tribune aufgestellt, und unter den Klängen des Sozialistenmarsches sammelte sich der Zug rundum. Gen. Dr. Leber-Lübeck sprach in markigen Worten die Weihrede. Er gedachte zuerst der seit langen Jahren in Kücknitz tätigen Genossen Wegener und Effinger. Dann sprach er unter der neuenthalten roten Fahne die Rücknitzer Genossen, besonders auch die Jugend, zu begeisteter Hinwendung an den Sozialismus, an den Kampf des arbeitenden Volkes, an. Nach einem Lied des Rücknitzer Arbeiter-Gesangsvereins marschierte dann der Zug durch die Straßen des Ortes. Am Abend blieben die Genossen zu fröhlicher Feier noch lange beisammen.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Arbeiterjugend! Donnerstag abend 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung sämtlicher Funktionäre statt. Pünktlich und vollzählig erscheinen!

Die öffentliche Handelslehranstalt, Königstr. 77 veröffentlicht im Unterrichtsteil den Lehrplan für wahlfreie Abendfeste der Schüler und Schülerinnen der Kaufmannsschule, worauf wir besonders hinweisen.

Stadttheater. Donnerstag zum ersten Male in dieser Spielzeit: Ariadne auf Naxos, von Rich. Strauss, mit dem vorhergehenden Lustspiel von Molire: Der Bürger als Edelmann. Regie: Direktor v. Bongardt, der auch die Titelrolle in dem Stück spielt.

Santa-Theater. Heute Mittwoch, sowie Donnerstag und Freitag Wiederholungen von der melodischen Operette „Die beiden Nachtigallen“. Sonnabend und Sonntag wird die beliebte Schlageroperette der vorigen Spielzeit „Ihre Hoheit die Dämonin“ wiederholt.

### Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Kensfeld. Eine Parteiversammlung findet am Sonnabend abend 8 Uhr im Rathaus-Saal statt. Gen. Dr. Leber-Lübeck erstattet Bericht über den Parteitag. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist unbedingt notwendig.

Hamburg. Wie der Stadt Millionäre schafft. Recht unerwartete Folgen hat ein Strafverfahren gehabt, das vor dem Landgericht zu Ende geführt wurde. Es hatte sich der Hauseigentümer Heitmann unter der Anklage des unerlaubten Halts eines Spielclubs zu verantworten. Heitmann hatte in seinem Hause in der Esplanade einen Spielclub errichtet, in dem ein Kriminalpolizei erschien und neben den Spielgefäßen einen größeren Betrag in Dollar und englischen Pfund beschlagnahmte. In der ersten Verhandlung hatte die Strafframmer die Entziehung dieser beschlagnahmten Sachen ausgesprochen. Auf die eingezogene Revision hob das Reichsgericht dieses Urteil auf, indem es gleichzeitig ausprach, daß lediglich die Beschlagnahme der Spielgeräte zulässig sei. Dies hatte zur Folge, daß in der jetzigen Verhandlung die beschlagnahmten ausländischen Geldsorten freigegeben werden mußten. Hierdurch ist Heitmann infolge der inzwischen eingetroffenen Marktentwertung zum mehrfachen Millionär geworden.

Kiel. Bezirksparteitag der Sozialdem. Partei am 15. und 16. Oktober in Neumünster (Tivoli). Den Delegierten zur Mitteilung, daß der Parteitag am 15. Oktober nicht morgens 9 Uhr, sondern um 10½ Uhr eröffnet wird, sodaß alle Delegierten Sonntags in Neumünster eintreffen können.

Der Bezirksvorstand der S. P. D. für Schleswig-Holstein i. V. Willi Verdieck.

Rendsburg. Gewaltige Erhöhung der Preise für das elektrische Licht und Wasser. Der Magistrat hat vom 1. Oktober ab den Preis für Gas auf 40 M. pro Kubikmeter, für elektrisches Licht auf 50 M., für elektrischen Strom auf 42 M. die Kilowattstunde und für Wasser auf 15 M. für den Kubikmeter erhöht.

Insel Sylt. Bedrohliche Lage der Arbeiterschaft. In einer von dem Arbeitsausstand der arbeitenden Bevölkerung der Insel, dem die Arbeiterschaften angehören sind, angenommenen Entstehung wird die Lage der Arbeiterschaft auf der Insel Sylt im Herbst und Winter als bedrohlich geißelt. Es heißt darin, daß von den etwa 300 Arbeitersfamilien höchstens ein Drittel Aussicht auf ständige Beschäftigung habe, sobald die Sommergeschäfte und das Bad schließen.

### Konferenz des 3. Schleswig-Holsteinischen Unterbezirks der Sozialdemokratischen Partei.

Im Gewerkschaftshaus in Kiel traten am Sonntag die Delegierten des 3. Unterbezirks zu einer Tagung zusammen, um einen Rückblick zu halten auf die Arbeit des vergangenen Jahres und die Richtung für die künftige Parteiarbeit zu bestimmen. Der Unterbezirksvorsitzende, Genosse Paul Verdieck, sprach bei der Eröffnung der Konferenz seine Freude darüber aus, daß der Bruderkwist endlich beigelegt sei und die gefloßene Front der sozialdemokratischen Arbeiter auch in unserer Provinz wieder hergestellt wurde.

Den Bericht der Agitationskommission erstattete Genosse Verdieck. Er wies einleitend darauf hin, daß an die Stelle der sprunghaften Entwicklung in den ersten Jahren nach der Revolution eine Zeit mühsamer Arbeit und langsamen Aufbaues getreten ist. Die wirtschaftlichen Nöte sind auch auf die Entwicklung unserer Partei nicht ohne Einfluß gewesen. Von 84 Ortsvereinen sind der Partei 82 geblieben. Nicht alle Ortsvereine, die nach der Revolution aus der Erde geschossen, haben sich als lebensfähig erwiesen. Die Beitragserhöhung hat auf den Mitgliederbeitrag so gut wie gar keinen Einfluß gehabt. Wo die Parteidienste fleißig waren in der Kleinarbeit, war auch kein

Das Parteileben war im vergangenen Jahre reg. Bei der Maifeier haben sich durch die widerstreitenden Parolen von Parteien und Landarbeiterverband in den ländlichen Bezirken große Unstimmigkeiten ergeben. Im Interesse der Bewegung muß dies in Zukunft unbedingt vermieden werden. Bei der Rathaus-Demonstration haben die Ortsvereine eine große Be-

weglichkeit bewiesen. Die Mitarbeit der Arbeiterjugend hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen und in der Provinz großen Anklang gefunden. Die Frauensitzungen sind der Partei sehr nützlich gewesen. In dem Mitgliederrückgang sind die Frauen im Verhältnis weniger beteiligt als die männlichen Mitglieder. Die Bildungsarbeit wurde im vergangenen Winter in anderer Form und mit gutem Erfolg geleitet. Der Bezirksvorstand hat die Absicht, diese Arbeit im kommenden Winter fortzuführen, um die Mitglieder in die Gedankenwelt des Sozialismus einzuführen. Ein besonderes Erstaunen war die Partei im vergangenen Jahr bewahrt. Wahlen haben nur im Bezirk Lübeck stattgefunden. Eines der fruchtigsten Kapitel ist der Stand unserer Parteipräse. Die Zahl der Abonnenten steht in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Parteimitglieder. Die Abonnenten unserer Partei sind immer größer geworden. Sie zu erfüllen, reichen die heutigen Leiträte nicht aus. Sie stehen in keinem Verhältnis zu der Teuerung und müssen bedeutend erhöht werden.

In der Ansprache wurden mancherlei Wünsche und Anregungen vorgebracht, die hauptsächlich auf die Agitation und auf die Gewinnung von Mitgliedern auf dem Lande abzielten.

Genosse Verdiel antwortete auf die Ausführungen mehrerer Diskussionsredner und schloß mit der Aussöhnung zu rieger Parteibewegung.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission sind 60 Ortsvereine mit 69 Delegierten auf der Konferenz vertreten. 21 Ortsvereine haben keine Vertreter gesandt.

Die Wahl der Agitationskommission brachte folgendes Ergebnis: die Genossen Hohnschein-Neumünster, Friedrichstal, Tram-Schellhorn, Edler-Kiel, Frau Kurfürst-Kiel und Schwarze-Wellingdorf wurden wiedergewählt, Bier-Grube (Oldenburg) für den Genossen Schütt-Neustadt neu wiedergewählt.

Nach der Mittagspause sprach Genosse Hirsch-Berlin über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Kommunalpolitik. Es ist das tragische Geheim der Sozialdemokratie, so führte er aus, daß sie zur Macht gelangte, als alles zusammengebrochen war. Aus diesem Grunde mußte sie manches tun, was mit ihren grundsätzlichen Forderungen nicht übereinstimmt. Unsere Politik ist abhängig von Momenten, auf die wir leider gar keinen Einfluss haben. Wir können nur durchsetzen, was unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, das andere müssen wir der Zukunft überlassen. In der Kriegszeit haben wir lange Jahre um die geringsten Fortschritte gekämpft; der Weg in die Gemeindewahlrechte war uns grundsätzlich versperrt. Der Redner begründete dann näher die einzelnen kommunalpolitischen Forderungen, die Einheitschule, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Schulpeisung, Gefundheitspflege usw. Die wirtschaftliche Lage zwingt uns, Wege zu gehen, die wir früher abgelehnt hätten. Die ergiebigste Steuerquelle hat das Reich für sich in Anspruch genommen. Die finanzielle Not der Gemeinden macht eine tätige Beteiligung der Einwohner an der Gemeinde und Landesverwaltung dringend notwendig. Nur so ist es möglich, daß auch die Gemeinden ihre großen sozialen und kulturellen Aufgaben erfüllen können.

Im Anschluß an diesen Vortrag sprach Genosse Bercour über: Die neue Gemeindeverfassung. Er betonte, auch wenn man nicht sagen kann, wann die neue Gemeindeverfassung in Kraft tritt. Die sozialdemokratische Landesversammlung wollte die neuen Gesetze durch die gegebene Landesversammlung verabschieden lassen. Sie ist mit ihrem Wunsch leider nicht durchgedrungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Verabschiedung der neuen Gesetze bis zum nächsten Herbst hinzöggt. Unter allen Umständen müssen aber in nächster Zeit Neuwahlen vorgenommen werden.

Die Ansprache über diese beiden Referate war recht lebhaft. Fast alle Redner wünschten die Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande und würdigen, daß die Partei dort mehr Einfluß gewinne.

In kurzen Schlussworten animierten die Genossen Hirsch und Bercour auf die Anträge und Ausführungen der Diskussionsredner. — Darauf sprach Genosse Verdiel die Konferenz mit der Aussöhnung, fleißig für den Ausbau der Organisation zu arbeiten, zum Verteil der Arbeiterklasse.

## Aus der Partei.

Aufkommen der tschechischen Sozialdemokratie. In Prag wurde am letzten Sonnabend der Kongreß zur Feier des Beginns der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Böhmen vor 50 Jahren eröffnet. Es beteiligten sich über 1200 Delegierte, innerhalb einer großen Zahl von alten Mitarbeitern nach der Eröffnungssprache des Parteivorsitzenden Gen. Anton Nemec begüßte nemens der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Maxenbauer den Kongreß; hierauf namens der

## Amtlicher Teil.

Zur bisherige hiesige Motor Dr. Kurt Vermeulen hat sein Amt am 1. Juli d. J. niedergelegt.

Lübeck, 30. September 1922.

Das Landgericht, Zivilkammer I

## Handelsregister.

Am 8. Oktober 1922 ist eingetragen 1. Bei der Firma Göttsch u. Witzner, Hartgußwerk und Maschinenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Beschr.: Durch Beiträge der Gesellschafter vom 12. Juli und 16. September 1922 und die §§ 4, 5, 6, 7, 8 und 10 des Gesellschaftsvertrages gebildet; 2. die Firma Hans Böck, Lübeck. Inhaber: Hans Böck, Böck, Kaufmann in Lübeck. Dem Kaufmann Wolfgang Heinrich August Böck in Lübeck ist Befehl erteilt. (7574)

Das Amtsgericht, Abt. II.

1922.

## Bekanntmachung

Der hiesige Kaufmann: Gen. Georg Kotschroeder ist in die hiesige Kaufmannschaft als Mitglied aufgenommen worden.

Lübeck, den 11. September 1922.

Die Handelskammer.

## Öffentliche Handelslehranstalt.

### Wahlkreise Abendkurse.

Der Genossen über 18 Jahre und für Schule und Schülertum der Gemeindeverwaltung werden im Wahlkreis Lübeck wahlkreis Abendkurse eröffnet. Das Schülertum besteht für die Jahre 1922/23 2 Std. 120 Minuten im Halbjahr, zeit wöchentlich 4 Std. 240 Minuten im Halbjahr, die Schülertypen 260 Minuten; es ist bei der Anmeldung zu unterscheiden. Der Unterricht findet vom Freitag von 19.30 bis 21.00 Uhr und beginnt im Freitag, dem 23. Oktober.

Bestimmung 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.

Gangkof. 1 Std. 4 Std. (Di. u. Fr.) Gangkof. 1 Std.